

**Informationen des
Bildungsringes „Europa MV“
des Landesverbandes der Europa-Union
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 02/2026 (Nr. 114)
Redaktionsschluss: 28. 02. 2026**



Herausgegeben vom Landesverband EUD MV

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Joachim Gasiecki

Editorial	3
Teil I: Informationen aus dem Bildungsring „Europa“	4
Ein Urteil über das Jahr 2026	5
Der Krieg Russlands gegen die Ukraine	6
Demokratie ja, aber sie ist in Gefahr!	7
„Der globale Hooligan“	8
„Wie ausgerechnet der Neoliberalismus zu Trumps mächtigsten Gegner wurde“	9
„Manche Freunde Europas agieren wie enttäuschte Liebhaber“	10
Der Westen will das nicht sehen!	11
Worte zu Europa und der EU	12
Merz ruft Europa zu mehr Machtkonzentration auf	13
„Gedanken taun Mudderspräkendach“ (B. Böckmann)	14
Wie soll unser Land in zehn Jahren aussehen?	16
Über die Notwendigkeit ausreichender Informationen	17
Aus der Serie „Das politische Buch“ (26)	18
Zur Rolle von Erinnerungen	19
Teil 2: Informationen aus dem Trägerverein der LV EUD	20
Kreisvorstandssitzung MSE	20
Teil 3: Informationen aus dem Schengenraum	21
Die Entstehung des Schengenraumes	21

Editorial

Liebe Europafreundinnen, liebe Europafreunde,
in den ersten Monaten dieses Jahres gibt es viel zu beachten, wenn wir die einen weiten Blick nach vorn werfen wollen. Der Historiker H. A. Winkler, Jahrgang 1938, warf am 20. 02. 26 im „SPIEGEL“ Nr. 9/26 die Frage auf, ob „der Westen noch zu retten sei“. Seine Antwort verwies auf eine notwendige politische Aufgabe:

„Was aus dem Westen wird, hängt davon ab, ob sich die Europäer und namentlich die Deutschen außen- und verteidigungspolitisch aus ihrer *selbstverschuldeten Unmündigkeit* [nach Kant] befreien können.“

Der Inhalt eines Leserbriefes von Renate Hill im „Nordkurier“ vom 25. 02. 2026 sollte uns zu denken geben:

„Die Ergebnisse der Münchner Sicherheitskonferenz erscheinen den ganz normalen Menschen in unserem Land eher ernüchternd, um nicht zu sagen enttäuschend. Kein Stückchen näher sind wir dem Frieden in Europa gekommen, geschweige denn, dass auch nur eine Perspektive für ein friedliches Miteinander aller Völker auf unserem Kontinent sichtbar geworden ist. Stattdessen setzt man wieder einseitig auf militärische Stärke, gigantische Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit. Deutschland soll führend als größte europäische Militärmacht aufgebaut werden. ...

Der Preis dieses Wahnsinns wird verschwiegen. Wir alle müssen diesen Rüstungswahn bezahlen. Die Diskussion zur Kürzung im Gesundheitsbereich, bei Renten. Pflege etc. sind schon in vollem Gange und die Kriegsgefahr wird immer größer.“

Mit europafreundlichen Grüßen
Prof. Dr. Joachim Gasiiecki
Ehrendvorsitzender des Landesverbandes EUD MV

Teil I: Informationen aus dem Bildungsring „Europa“

Ein Urteil über das Jahr 2026

Prof. Dr. Martin Schröder, Soziologe, schreibt über aktuelle Situation:

„Dass sich die Welt im Durchschnitt verbessert hat, bedeutet nicht, dass es keine Probleme mehr gibt. Vergleichen wir aber die Gegenwart mit 1946, funktionieren grundlegende Dinge heute besser: die medizinische Versorgung, die Bildung oder die Kinderbetreuung. Frauen haben deutlich bessere Bildungs- und Berufschancen. Es gibt weniger Wohnungseinbrüche, weniger Fälle von Mord und Totschlag. Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass Vollbeschäftigte vor 100 Jahren einen Bruttolohn hatten, der heute etwa 500 Euro entsprechen würde. Ein normaler Arbeiter kann sich mit dem Wert seines Bruttolohns heute mindestens siebenmal so viel leisten. Es lohnt sich, die verbleibenden Herausforderungen anzugehen. Die Geschichte zeigt, dass wir sie lösen können.

Realismus reicht, um positiv durchs Leben zu gehen. Das Engagement für eine bessere Welt lohnt sich. Denn langfristig sind eben fast alle wichtigen Entwicklungen positiv.“

(Zitat aus der „Zeit“, Nr. 09/26 vom 21. 02. 2026)

####

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine

Am 24. 02. 2021 begann der Krieg Russlands gegen die Ukraine, der durchaus als der „heftigste Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg“ bezeichnet werden kann.

Man muss sehen, dass Russland bisher in diesem Krieg etwa 220 000 Tote zu beklagen hat. In der Ukraine geht man von rund 180 000 Kriegstoten aus.

In einer Notiz der dpa vom 24. 02. 2026 wird dazu gesagt:

„Die Hauptfrage für eine Fortsetzung des Krieges bleibt daher für beide Seiten, wie die Verluste ausgeglichen werden können. Davon hängen eine mögliche Verhandlungslösung und ein Ende des Krieges ab. Beide Seiten gaben aber trotz teils gegenteiliger Rhetorik nicht von einem baldigen Kriegsende aus.“

Demokratie ja - aber sie ist in Gefahr!

Im „Nordkurier“ vom 20. 02. 26 wird auf Seite 7 eine These aus einer von der Staatsministerin und Ostbeauftragten der Bundesregierung, Elisabeth Kaiser (SPD), geförderten Studie, in der rund 8000 Bürgerinnen und Bürger befragt wurden, besonders hervorgehoben. Im „Nordkurier“ schrieb man dazu:

„In einer sehr bewegten Zeit von Krisen und Zweifeln sind erstaunlich viele Menschen in Deutschland für autoritäre Ideen - etwa die Forderung nach einer Einheitspartei oder einem starken Anführer ohne parlamentarische Zwänge. Bundesweit sympathisiert mit solchen Ansätzen etwa jeder Fünfte, in Ostdeutschland sogar jeder Vierte.“

***Hatten wir das nicht schon mal in Deutschland?
Wehret den Anfängen“***

„Der globale Hooligan“

„Wie die Trump-Regierung die Lage sieht, hat Stephan Miller, der Vize-Stabschef des Weißen Hauses, in einiger Deutlichkeit erklärt:

„Wir leben in einer Welt, die von Stärke beherrscht wird, von Gewalt, von Macht. Das sind die ehernen Gesetze der Welt seit dem Beginn der Zeit.“

Für ‚Nettigkeiten‘ wie Verträge und dergleichen sei da kein Platz. ...

Trump will die USA keineswegs aus der Weltpolitik zurückziehen. Er erhebt Anspruch auf Macht und Einfluss jenseits der bestehenden Grenzen der Vereinigten Staaten auf die gesamte westliche Hemisphäre.

Es wäre wohl auch ein Leichtes für die Vereinigten Staaten, Grönland militärisch zu annektieren. Das Resultat könnte allerdings sein, dass sie damit den wertvollsten Teil ihrer ehemaligen Einflussosphäre - Europa - verlieren. Wenn die USA sich von einem wohlwollenden Hegemon vollends in einen Hooligan verwandeln, bliebe den Europäern nichts anderes übrig, als ihre Märkte für die USA zu schließen und eine Gegenmacht zu formieren. Trump müsste für seinen Souveränismus einen hohen Preis zahlen.“

(Aus: „die Zeit“ Nr. 2/26 vom 08. 01. 2022, S. 2, von einem Autorenkollektiv“)

####

„Wie ausgerechnet der Neoliberalismus zu Trumps mächtigsten Gegner wurde“

„Wenn Europa Trump schlagen will, muss es Lehren aus dessen Fehlern ziehen. Dazu gehören solide Staatsfinanzen, um den Finanzmarkt als Alliierten zu gewinnen. Investoren erkennen schließlich, ob eine Volkswirtschaft Zukunft hat. Außerdem müssen Unternehmen die Möglichkeit haben, auf neue Technologien und die Konkurrenz aus dem Ausland zu reagieren. Ein Arbeitsrecht wie in Deutschland ist wertvoll für die Einheit des sozialen Friedens - solvente Unternehmen sind dafür aber ebenso wichtig. Eine Politik, die dem nicht gerecht wird, ist eine Politik für jene, denen der Wohlstand von morgen gleichgültig sein kann.

Das klingt wie ein neoliberales Echo aus den Neunzigern und aus den Jahren der Euro-Krise. Ironischerweise sind die aber die einzig sinnvollen Antworten auf den neuen Merkantilismus, weil nur sie Europa von innen heraus stärken. Ohne diese Stärke ist ein Machtkampf mit Peking und Washington nicht zu gewinnen. Ein großer Markt in Europa ist sonst nur ein großer Markt und keine politische Machtbasis.

...

So betrachtet könnte Europa aus einer Position der Stärke irgendwann zu Chinesen und Amerikanern sagen: Haut euch gegenseitig die Köpfe ein wie beim American Football. Wir machen mit anderen unsere eigene Liga auf. In Europa spielt man Champions League.“

####

„Manche Freunde Europas agieren wie enttäuschte Liebhaber“

Aus einem Interview mit dem Politikwissenschaftler Gerald Knaus, der zusammen mit seiner Tochter die Autoren des Buches „Welches Europa brauchen wir?“ befragte.

„Dieser Winter war eine zweite Zeitenwende. Der Präsident der USA bedrohte nicht nur einen Nato-Partner, Dänemark. Er erklärte auch, dass er Grönland, als Teil der Nato, nur verteidigen könne, wenn er ‚es besitzt‘. Damit verlieren die USA als Bündnispartner ihre Glaubwürdigkeit, und der Kreml jubelt. Dazu vergleichen Trumps Verbündete die EU mit dem ‚dritten Reich‘. Sie erklärten Kanadas Premierminister zum ‚Feind der USA‘. Und sie unterstützen aktiv in unseren Demokratien Parteien, die versprechen, die EU zu zerstören. ...

Diese Kombination - de antieuropäische Kurs der USA, die Kriegslust Putins und der Aufstieg EU-feindlicher Parteien im Innern - ist neu. Europas Demokratien sind in der gefährlichsten Situation seit 1948. ...

Die Erweiterung der Zone des demokratischen Friedens ... auf mehr als 27 Staaten seit 1952 war der größte Erfolg der europäischen Politik der letzten 100 Jahre. ...

Manche Freunde Europas agieren wie enttäuschte Liebhaber. Sie hätten aus der EU gerne etwas gemacht, was den Nationalstaat ersetzt. Das hat nicht funktioniert. Aber die EU ist trotzdem, ja sogar deswegen, ein enormer Erfolg. Es geht dabei aber nicht um einen Gegensatz zwischen nationaler Identität und EU, es geht nicht um Europa-Fahne oder deutsche Fahne, es geht um beide zusammen. ...

Wenn wir die EU nicht mehr hätten, wären wir in einer anderen Welt mit enormer Unsicherheit. Es wäre das Ende einer langen Friedenszeit in Europa.“

####

„Der Westen will das nicht sehen“

Von Jana Hensel, Autorin bei der „Zeit“

**(Aus einem Interview in der Zeitung „der Freitag“ vom
12. 02. 2026)**

„Als ich in den Tagen nach der Bundestagswahl 2025 sah, dass so gut wie alle Kreise an die AfD gefallen waren, hatte ich ein Schockerlebnis. ... Und da wusste ich: Die Leute gehen jetzt. Die vertrauen diesem Land und der Demokratie nicht mehr. Die Leute sagten: ‚Es reicht. Wir machen nicht mehr mit. It’s over.‘ ...

Der Abschied eines Teils der Ostdeutschen von der Demokratie beginnt schon im Jahr 2005, also zehn Jahre früher, als wir glauben. ...

Im heute so sichtbaren Abschied der Ostdeutschen von der Demokratie fließen zwei Bewegungen ineinander. Die langfristige Entwicklung von 1990 und die kurzfristige seit 2015. Seither stapeln sich die Krisen derart, dass die Gesellschaft enorm unter Druck geraten ist. ... Als die Ostdeutschen noch links standen, sind sie nicht in die politische Mitte vorgedrungen. Jetzt kommen sie von rechts und erleben wieder Ausschlussverfahren. ... Es handelt sich bei vielen um enttäuschte, sich immer stärker radikalisierte Ex-Demokraten. ...

Wir schauen viel zu stark auf die AfD, die sich ständig radikalisiert und die viele Rechtsradikale in ihren Reihen hat, die ich für hochgefährlich halte. ...

Min Buch ‚Es war einmal ein Land‘ beginnt nicht zufällig mit dem Satz: ‚Das ist ein Buch, das ich nie schreiben wollte.‘ Wir können nichts mehr beschönigen. Der Osten kippt in eine andere gesellschaftliche und politische Realität, mit einer wahrscheinlichen Regierungsübernahme der AfD in Sachsen-Anhalt. Trotzdem will der Westen nicht sehen, dass ein Teil des Landes gerade geht.“

####

**(Worte von Maja Göpel, Politökonomin und
Transformationsforscherin, aus einem Interview
(Zitiert aus „Nordkurier“ vom 30. 01. 2026, S. 21)**

[Die EU gibt eine Antwort auf die Frage,] was nach den Imperien [aus der Vergangenheit und der Gegenwart] kommen kann. Sie versucht eine große integrierte Zone zu schaffen, die nicht auf Ausbeutung beruht und nicht auf dem Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie. Die EU ist nicht perfekt, aber hier unterscheidet sie sich drastisch von den Imperien alten Typs. Leider verstehen das die Europäer oft nicht. Weil viele Nationen sich der Tatsache nicht bewusst sind, dass die EU die einzige Antwort auf das ‚wie weiter‘ nach dem Ende ihrer Imperien ist. Sie sehen nicht, dass Europa die Hoffnung verkörpert, dass es auch etwas anderes geben kann.

„Ändert sich nicht auch Europa?“

„Die Katerstimmung hat auch die EU erfasst. Bedrängt von Ost und West will der Kontinent nun mehr zusammenrücken, aber der Prozess vollzieht sich nicht im alten Rahmen, einer ‚immer engeren Union‘, sondern in neuen Bündnissen von Nationalstaaten, die nicht mal alle der Union angehören.

...

Es ist weniger Amerikas politische Kursverschiebung, die Europa verunsichert, als das Tempo und Gebaren der Trump-Regierung, deren nackte Interessenpolitik sich - siehe Grönland - auch gegen uns wenden kann.“

(Jochen Buchsteiner in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ Nr. 8 vom 22. 02. 2026, S. 8)

####

„Merz ruft Europa zu mehr Machtkonzentration auf“

„Seit einem Jahr mischt Trump aber nicht nur sein eigenes Land, sondern die gesamte westliche Welt auf, dass einem Hören und Sehen vergeht. Im internationalen Geschäft zwischen souveränen Staaten gibt es erst recht keinen, von dem er, der Präsident des mächtigsten Landes des Planeten, sich in die Schranken weisen ließe. Wagt es doch einer, kritisch und unbotmäßig zu sein, dann bekommt er auch den Zorn des Narzisten im Weißen Haus zu spüren. Dann hagelt es Beleidigungen, Verächtlichmachung oder unverhohlene Drohungen.

„Wenn das Dokument zur nationalen Sicherheitsstrategie, das im November 2025 vom Weißen Haus veröffentlicht wurde, als Leitfaden dient, dann zeigt sich, dass die USA beabsichtigen, verstärkt auf fossile Brennstoffe und Kernenergie zu setzen und sich weltweit den Zugang zu kritischen Bodenschätzen zu sichern - dass sie die globale Herrschaft in den Bereichen KI und Spitzentechnologie erlangen wollen und die Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre.

####

Gedanken taun Mudderspråkendach

Behrend Böckmann, Kirch Rosin

2004 keem taun iersten Mål dei Mäkelnborger Verwaltungsvorschrift „Niederdeutsch in der Schule“ rut. Dei Heimatverband e.V. füllt in'n Råhmen von't Lannesprogramm „Meine Heimat - Mein modernes Mecklenburg-Vorpommern“ für jede Spälschaul in uns Land 'n Schatzkist mit heimatkundlichen Materialien zur Vermittlung der Regionalsprache Plattdüütsch. Äbenso köenen Schåuler wahlwies Plattdüütsch lihrn orrer sogor an söss utwåhlt Gymnasien 'n mündlich un schriftlich Prüfung in Plattdüütsch afleggen. Ünner dei Devis „Kannst du Platt? - Vertell uns wat!“ wür 'n Plattdüütsch-Wettbewarf för Kinner un Junge Lüd in MV organisiert. Un ganz nie is, dat Jette Bolz von't Goethe-Gymnasium Demmin taun iersten Mål taun „Plattdüüsch-Botschafterin“ wåhlt wür un sei - so as dei Wienkönigin för gauden Wien - för uns plattdüütsch Mudderspråk Reklåme måkt.

Dat gellt ok för uns plattdüütsche Språk inne nuurddüütschen Bunneslänner, wo noch gaut dei Hålfte vonne Inwåhners mit Plattdüütsch taurecht kümmt. Bummelig 14% köenen noch gaut bet sihr gaut Platt snacken un von dissen Deil noch zwei Prozent Platt schrieben. Plattdüütsch is nich mihr so as tau Hansetieden dei „lingua franca“, sall æwer ok nich allein dörch Bäuker von Reuter, Groth, Brinckman un anner Schriewerslüd, dörch't plattdüütsche Theoter, dei plattdüütsche Eck in Tiedungen orrer Radiosennungen erhollen un plåcht warden.

Ut dissen Grund kann man Platt lihrn: inne Schaul un Spälschaul, in'n Abendschaul, in'n Plattdüütschkring.

Dat wier an'n 21. Februar 1952 as Minschen in Dhaka in't jüst frie worden Ost-Pakistan dorför demonstrierten, dat nich rdu as Språk vonne Böbelsten Teihndusend, sonnern Bengali as språk vonne Mihrheit Amtsspråk warden süll. Dat wier dei Anfang dorvon, dat sik Minschen up ehr Mudderspråk besinnen un Poletikers dormit befäten. Un so kümmt dat, dat dei Europarat in'n November 1992 dei „Charta über Regional- un Minnerheitspråken“ beschluten deit un ok uns platt-düütsche Mudderspråk as Regionålspråk anerkannt wür. Inne MV-Lannesverfåtung von 1994 is in Artikel 16(2) astschråben: „Das Land schützt und fördert die Pflege der niederdeutschen Sprache“.

Mudderspråken tau plågen höllt die UNESCO för so wichtig, dat's in't Johr 2000 in Erinnerung an denn 21. Februar 1952 dissen Dach taun Internatschonalen Mudderspråkendach utröppt un dei Minscheit wohrschucht, dörch Akschonen allens tau daun, dat jede von gaut 7000 Språken - un wenn's blot von por hunnert Minschen snackt ward - as Mudderspråk erhollen blifft.

Daun wi wat, dat uns Plattdüütsch nich Gefohr löppt so as dei latin'sche Språk blot as dode Språk tau æwerläben.

####

„Wie soll unser Land in zehn Jahren aussehen?“

Aus elf Antworten in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“-auf Seite 22 der Nr. 8 vom 20. 02. 2026 gefiel mir die dortige erste Meinung von Ricarda Lang, (Grüne), Mitglied des Deutschen Bundestages, am besten.

„Wenn ich gerade mit jungen Familien spreche und sie frage, welches Gefühl ihr Leben prägt, lautet die Antwort immer häufiger: Erschöpfung. Meine Vision für Deutschland in zehn Jahren ist deshalb ein Land, in dem Familien durchatmen können. Weil es eine Regierung, einen Staat und vor allem eine Infrastruktur gibt, die ihnen das Leben leichter machen, statt sie immer weiter zu stressen. Die Wohnung ist bezahlbar und nah am Arbeitsplatz. Das Netz aus Bus und Bahn ist verlässlich. Auf dem Balkon produziert die eigene PV-Anlage fleißig Strom, der Kita-Platz ist kostenlos. Niemand muss auf einen Arzttermin monatelang warten oder für jede Kleinigkeit aufs Amt, denn die Verwaltung funktioniert endlich digital. In den Städten gibt es grüne Orte, die sicher sind und Spaß machen.

Wir leben in einer Welt der Begrenzung. Es wäre scheinheilig, zu behaupten, in der Zukunft gäbe von allem mehr. An einem Punkt aber, der Daseinsvorsorge, also dort, wo es ums Gemeinwohl geht, muss - und kann - für alle mehr drin sein. Mangelverwaltung ist hier kein Naturgesetz, sondern Ergebnis schlechter Politik. Innerhalb der Begrenzung kann es auch Überfluss geben, der den Menschen wieder Luft zum Atmen zufächelt. Für mich ist das der politische Auftrag.“

####

Die Chefredakteurin von „Associated Press“ (AP) Julie Pace über die Notwendigkeit ausreichender Information:

Die polnischen Mitarbeiter Karolina Wigura und Jarosław Kuisz vom Zentrum „Liberale Modern“ in Berlin äußern sich zu diesem Thema in der „ZEIT“ Nr. 5/26 vom 29. 01. 2026:

„Die Vermögen sind in wenigen Ländern so ungleich verteilt wie in Deutschland. ... Umgekehrt hat sich auch eine ganz schön bräsige Anspruchshaltung verbreitet, dass all das immer weiter zur Verfügung zu stehen hat - oft ohne Gedanken daran, wer es bereitstellt. So checken alle immer weiter aus, das ist Gift für dynamische Kooperation und gute Ergebnisse. Deshalb ist es auch nicht hilfreich, von ‚der‘ Wirtschaft und ‚den‘ Leuten zu reden, sondern klar zu unterscheiden, wer in dieser Gesellschaft eingeecheckt bleibt und Beiträge leistet. Denen sollte zugehört werden. Medial kriegen aber eher die Meckerer und Schuldzuweiser das Megafon. Demokratie ist aber kein Brüllkonzert, sondern sachlicher Interessenausgleich.“

Aus der Serie „Das politische Buch“ (26)

A. Lang/Thomas Weber: „Nach der Nacht - Holocaustüberlebende über die Zukunft der Demokratie“ - Herder Verlag 2025.

In diesem Buch schildern sieben Überlebende des Holocaust ihre Vorstellungen über die Zukunft der heutigen Generation. Den Inhalt der enthaltenen Aufsätze ist insgesamt die „Betrachtung der Zukunft der Demokratie in Zeiten von Desinformation und Demagogie“.

Grundgedanken der Erinnerungen drücken sich im Titel eines Aufsatzes in diesem Buch besonders deutlich aus: „Mit Hoffnung, Optimismus, Prävention und Repression gegen die Feinde der Demokratie“. *Mit anderen Worten: Wir haben es mit selbstbezogenen Vereinigten Staaten zu tun, die die internationale Ordnung faktisch aufgeben, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit den Vereinten Nationen geschaffen wurde. Es wären Vereinigte Staaten, die sich darauf vorbereiten, einer von vielfältigen Belastungen geprägten künftigen Welt mit schierer wirtschaftlicher und technologischer Macht zu begegnen. Ich hoffe, dass sich diese Befürchtung nicht als sich selbst erfüllende Prophezeiung erweist. Denn diese Idee ist düster.*

Momentan haben wir [in Deutschland] andere Regeln als in den USA, vor allem, was Transparenz angeht und die Größenordnung von Geld, das in politische Parteien fließt. Trotzdem steht die Frage im Raum, wie wir die politische Kultur gegen autoritäre Entwicklungen schützen wollen. Denn diese Kultur wird auch in Deutschland bewusst normalisiert. ... **Deutschland ist das Spielfeld, um die Europäische Union kaputtzumachen.** Nationalstolz bedeutet in Europa dann praktischer Weise auch gleich, uns kleinzumachen. ...

Zur Rolle von Erinnerungen

Tova Friedman, hat als Kind, geboren etwa 1938, die Haft in Auschwitz überlebt und berichtet seit Jahren von den Gräueln ihrer Kindheit. Im „Spiegel“, Nr. 06/26 wird sie auf S. 45 in einem Interview in Deutschland gefragt: „Wie schaffen sie es, die Erinnerungen immer wieder zu durchleben?“ Hier ein Teil ihrer Antwort:

Trump hält sich unwiderstehlich, unaufhaltsam und für nahezu allmächtig. Diese Macht setzt er aber nur für das ein, was aus seiner persönlichen Sicht gut für Amerika ist. Also für sein Ego, seinen Ruhm und seinen Reichtum. Denn für ihn gilt: Amerika, das bin ich.

Trump ist nicht mehr das Land, das die Transatlantiker in Europa so schätzten, wenn nicht gar liebten. Bis Trump an die Macht kam, sah sich das politische Amerika mit Europa in einer Interessen- und Wertegemeinschaft. ... Die Bande zu Europa hat Trump wie mit einer Kettensäge zersägt – so wie er alles zerreißt und zerfetzt. ... Ganz besonders hasst Trump Europa. Die EU, so behauptet er, sei eigens gegründet worden, um die USA ,abzuzocken‘.“

Teil 2: Informationen aus dem Trägerverein LV EUD

Kreisvorstandssitzung MSE

Am 16. 02. 2026 traf sich der Vorstand des KV MSE zu einer Beratung über die Tätigkeit des Kreisverbandes im laufenden Jahr. Eingeladen war auch Europafreund Lippold, der seit 1990 eng mit der Entwicklung sowohl des Landesverbandes als auch des Kreisverbandes MSE verknüpft ist.

Nach Diskussion zu den Vorlagen der Sitzung wurde der Arbeitsplan 2026 des Kreisverbandes beschlossen. Drei Grundthemen werden anvisiert:

- **Projekt** „Wir machen Zeitung“.
- **Projekt** „Hofladen - europäische Förderung im ländlichen Raum“
- **Projekt** „Die Hanse als Vorreiter der EU? Brücke zum Osten - Spuren im Europäischen Hansemuseums Lübeck“.

Vorgesehen ist auch die aktive Beteiligung an der Diskussion zur **Entwicklung im Schengenraum**, die auch vom Bundesverband geführt wird. Der Kreisverband MSE wird dazu monatlich einen Artikel in der Informationsbroschüre des Bildungsrings verfassen.

Zusätzlich steht das Thema **80. Jubiläum der Gründung der Europa-Union Deutschland** im Blickpunkt.

(Joachim Gasiecki, Protokollant)

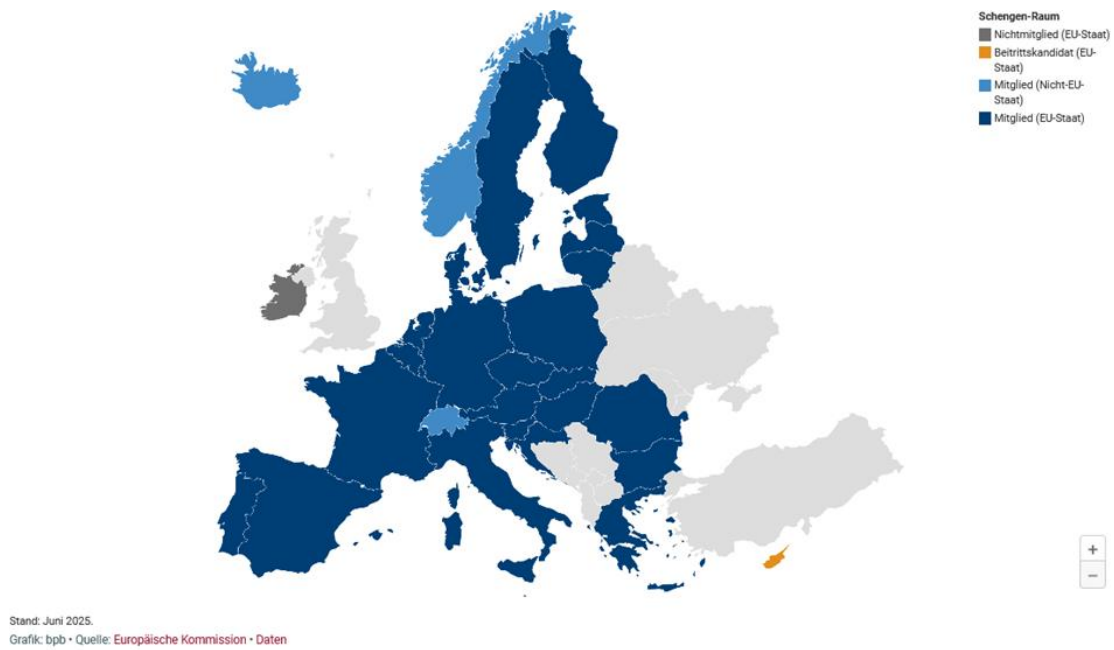
Teil 3: Informationen aus dem Schengenraum

Die Entstehung des Schengenraumes

Quelle: BpB „Hintergrund Aktuell“ - ein Angebot der Onlineredaktion der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Am 14. Juni 1985, auf einem Schiff in der luxemburgischen Kleinstadt Schengen an den Grenzen zu Deutschland und Frankreich, schrieben fünf Staaten europäische Vertragsgeschichte: Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg unterzeichneten das Übereinkommen von Schengen. Dieses erste Abkommen war eine politische Absichtserklärung: Es sah vor, die Kontrollen an den Binnengrenzen der Mitgliedstaaten schrittweise abzubauen, um das Zusammenwachsen Europas zu fördern. Mit dem Inkrafttreten des Schengener Durchführungsübereinkommen (Schengen II) am 26. März 1995 in Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, sowie auch Portugal und Spanien wurden die Ziele des Schengen I-Abkommens umgesetzt und ausgeweitet. Neben der Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen wurden sogenannte Ausgleichsmaßnahmen geschaffen, um die innere Sicherheit der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Dazu gehören eine gemeinsame Visa-Politik und Asylpolitik, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Justiz und Polizei sowie die Überwachung der gemeinsamen Außengrenzen.

Mittlerweile gehören dem Schengen-Raum 29 Länder an: Alle EU-Mitgliedsstaaten mit Ausnahme von Irland und Zypern sowie die Nicht-EU-Mitglieder Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Die Republik Irland ist nicht dem Schengen-Raum beigetreten, da das Land sonst Grenzkontrollen zu Nordirland – Teil des Vereinigten Königreichs – einführen müsste. Zypern befindet sich in einem Evaluierungsprozess und führt weiterhin dauerhafte Grenzkontrollen durch. Kroatien trat 2023 dem Schengen-Raum bei. Bulgarien und Rumänien erfüllen laut EU-Kommission schon seit 2011 die formellen Voraussetzungen, um sich dem Schengen-Raum anzuschließen, jedoch blockierten einzelne EU-Staaten lange ihren Beitritt. Seit Januar 2025 sind Rumänien und Bulgarien nun Vollmitglieder des Schengen-Raums.



Ein Denkmal in Schengen erinnert an die Unterzeichnung des Schengen-Abkommen 1985.

